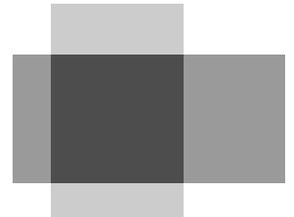


Sperrfrist:
Freitag, 5. September 2003
11.00 Uhr



economiesuisse

Es gilt das gesprochene Wort

Tag der Wirtschaft
5. September 2003, Interlaken

Der Wandel als Quelle des Wachstums

Präsidentenansprache von Ueli Forster
am Tag der Wirtschaft vom 5. September 2003 in Interlaken

Sehr geehrte Damen und Herren

Ausgangslage

Der Befund ist hinlänglich bekannt: Unser Land hat – jenseits aller konjunkturellen Schwankungen – ein andauerndes, in der Langzeitentwicklung im Vergleich mit unseren wichtigsten Konkurrenten schleichend zunehmendes Wachstumsproblem. In dessen Kielwasser sind nicht nur massive Defizite im Bundeshaushalt entstanden. Noch schwerer wiegen andere Folgen, vor allem dass den Sozialwerken Zusatzeinnahmen für die Finanzierung der Langlebigkeit und der Invalidisierung fehlen. Und für die Wirtschaft fällt ins Gewicht, dass die Standortattraktivität sinkt.

Stärkeres wirtschaftliches Wachstum – welches dann ausblieb – war in den letzten Jahren immer wieder erwartet worden. Die zu optimistischen Wachstumsprognosen verführten fatalerweise immer wieder zu optimistischer Ausgabenplanung der öffentlichen Hand. Ohne ausreichendes Wachstum flüchten sich weite Teile der Politik in eine Art „Koalition des Stillstandes“ (NZZ). Man stemmt sich gegen den zunehmenden Anpassungsdruck oder nützt die Gelegenheit, Unvermeidliches mit kostspieligen Zugeständnissen zu erkaufen. Das verhindert zwar im besten Fall soziale Spannungen, führt aber zur weiteren Ausdehnung der Soziallast- und damit der Staatsquote. Bestandessicherung ist letztlich nichts anderes als ein Negieren des Wandels, führt zur Umverteilung sowie zur Inkaufnahme der weiteren Eingrenzung des Spielraums der Wirtschaft und lässt die Quellen künftigen Wachstums versiegen. Und dies zu Lasten der aktiven und künftigen Generation.

Dieses einmal mehr grob skizzierte und düstere Bild ist hinlänglich bekannt, wird es doch fast täglich in neuen Spielarten von Professoren, Politikern, Wirtschaftsvertretern und manchen Journalisten gemalt. Bundesräte empfinden es zwar vielfach als Jammern, beschönigen die Situation verbal chronisch und üben sich im Übrigen in Defensivkonzepten der Kompromissfindung, im besten Fall im Sinne der Opfersymmetrie.

Eine Mehrheit unserer Bevölkerung empfindet solche Worte heute wohl eher als reine Verbandsrhetorik. Ich frage mich auch, ob die Bürgerinnen und Bürger die Zusammenhänge überhaupt verstehen. Wie sollte die Bevölkerung das auch können, wo doch weder in den Schulen noch im täglichen Geschehen die dringend notwendige Einordnung wachstumsrelevanter Zusammenhänge in einer global vernetzten, komplexer gewordenen Welt vermittelt wird. Ich denke, dass wir noch nicht soweit sind, dass wir in einer Orientierungskrise stecken. Aber ich glaube, dass wir auf dem Weg dazu sind. Unser hergebrachtes Gesellschaftsmodell, verstanden als Summe für uns selbstverständlicher Gewissheiten oder als Erwartungen über die richtige Ordnung der Dinge, erodiert so, dass das Vertrauen in das System schwindet. Die damit verbundene Unzufriedenheit durch sinkende verfügbare Einkommen bei steigendem Steuer- und Abgabedruck wird unsere Ausgangslage für eine bessere Zukunft abermals verschlechtern.

Die Wachstumsschwäche hat also nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche und damit politische Aspekte.

Gesellschaftlich müssen alle Akteure einsehen, dass ein Wohlfahrtsstaat nach bisherigem Muster – wie gar der deutsche Bundeskanzler eingesteht – selbst bei moderatem Wachstum nicht mehr finanzierbar ist. Vorab ist deshalb die Frage zu beantworten, ob ein nicht finanzierbarer Wohlfahrtsstaat noch immer als identitätsstiftendes Ideal dienen kann. Wenn die jüngeren Menschen in diesem Land Zweifel haben, ob sie ihre Rente dereinst noch erhalten, wenn sie den immer dichter geknüpften sozialen Netzen misstrauen, dann muss das überdacht werden, was wie eine Art Zauberformel als Generationenvertrag bezeichnet wird. Zweifel am Prinzip der Solidarität – ursprünglich als soziale Verhaltensrichtschnur für die Kleingruppe gedacht – werden auch deshalb lauter, weil eben dieses Prinzip nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in vielen weiteren Politikfeldern angewandt und über Gebühr strapaziert worden ist.

Der Sozialstaat muss also neu organisiert werden. Es braucht im Verhältnis zwischen gesetzlicher Solidarität und eigenverantwortlicher Subsidiarität einen neu austarierten Generationenvertrag, der nicht nur auf breit abgestützter Akzeptanz, sondern auch auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit angelegt ist. Nur so können die nächsten Generationen Bedingungen vorfinden, die ihnen ihre eigene Zukunftsperspektive verheissen. Weil dieses The-

ma nicht nur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft zentral ist, will economiesuisse zusammen mit befreundeten Organisationen in den nächsten Monaten an Modellen arbeiten.

Politisch bringen die bevorstehenden eidgenössischen Wahlen ein neues Parlament mit – möglicherweise – neuen Mehrheiten und einem weiteren Schritt in Richtung eines Konkurrenzsystems. Die Gefahr, dass dadurch die reale Lage und die bestehenden Institutionen noch weniger zueinander passen, ist gegeben. Hier ist einzufügen, dass die Mehrheit des Parlaments in finanzpolitischer Hinsicht die Zeichen der Zeit erkannt hat. Der bisherige Verlauf der Beratungen in den Kommissionen zum Entlastungsprogramm lässt hoffen, wenn auch die Beseitigung des strukturellen Defizits um mindestens zwei Milliarden Franken verpasst wird. Die nächste Legislatur wird mit dem finanzpolitischen Marathon dieses Jahres weitergehen: Neben dem Entlastungspaket werden der neue Finanzausgleich, die neue Finanzordnung, die Finanzierungsbeschlüsse zur AHV/IV, die Goldinitiative und möglicherweise das Steuerpaket zu Grundsatzdiskussionen in Abstimmungskämpfen führen, bei welchen nicht nur die Bürger, sondern vor allem die Wirtschaft und ihre Spitzenverbände gefordert sind, Farbe zu bekennen. 2004 bringt die Chance, das Bewusstsein in finanzpolitischer Hinsicht in der breiten Bevölkerung zu schärfen und sich somit klar zu werden über die für die Wirtschaft dieses Landes künftig massgeblichen Rahmenbedingungen. Die Unternehmen werden mit Sicherheit die Befindlichkeit in Bevölkerung und Politik genau verfolgen und ihre strategischen Standortentscheide fällen.

economiesuisse wünscht sich aus dieser Optik ein Parlament, das ordnungs- und finanzpolitische Kompetenz hat und damit im Zeitverlauf auch vermehrt positive, für den Einzelnen spürbare Resultate zeitigt. Das ist entscheidend, denn nur mit wachsendem Wohlstand wächst das subjektive Gefühl erhöhter Sicherheit und damit das Vertrauen. Der Weg läuft also meines Erachtens nicht umgekehrt, zumindest nicht nachhaltig. Künstlich oder gar regulatorisch wieder hergestelltes Vertrauen bringt Wachstum nicht als Selbstverständlichkeit mit sich. Die für Konsumenten wie Investoren dringend nötige Erwartungssicherheit, welche allein wirtschaftliche Impulse auslöst, wächst nur mit Rahmenbedingungen, welche sich verbessern, also mit höherem persönlichen Einkommen und mit sinkender Steuerlast.

Wirtschaftlich sind wir in unserer weiteren Entwicklung zu einem grossen Teil vom Ausland abhängig. In diesem Sinne ist die sehr weit gehende Verflechtung mit stagnierenden Volkswirtschaften, wie allen umliegenden, ein Klumpenrisiko, vor allem für diejenigen Wirtschaftszweige, welche unter der nachhaltigen weltweiten Investitionsschwäche leiden. Wenn man mich nach den Gründen für unsere Wachstumsschwäche fragt, pflege ich eine Antwort zu geben, die nicht wissenschaftlich begründet ist, sondern in meiner unternehmerischen Erfahrung wurzelt: Als kleine und extrem mit dem Ausland verflochtene Volkswirtschaft haben

wir Nachteile, welche wir nicht durch gleichwertige, sondern allein durch wesentlich bessere Standortbedingungen ausgleichen können. Geschieht dies nicht, sind unsere Unternehmen darauf angewiesen, ihre Expansion in den grossen Märkten des Auslands zu suchen, zulasten der Heimbasis, versteht sich. Eine gute finanzielle Basis und die für gesunde Unternehmen weltweit günstigen Finanzierungsbedingungen beschleunigen diesen Prozess. Die von unseren politischen Führern seit Jahren geäusserte Meinung, die Schweiz hätte zwar laufend an Standortqualität verloren, sei aber immer noch verhältnismässig gut dran, mag zwar rein statistisch stimmen. Nur: Wie die Wachstumsschwäche zeigt, reicht das eben für die kleine Volkswirtschaft Schweiz nicht. Die Standortqualität muss hier nicht gleich oder leicht besser, sondern wesentlich besser sein. Die nötige Zahl von Unternehmensgründungen wie auch die Schaffung von wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen bestehender Unternehmen wird also hier nur geschehen, wenn die Rahmenbedingungen in allen relevanten Bereichen wesentlich besser sind.

Was ist zu tun?

Grundsätzlich geht es um den Entwurf und die Umsetzung einer Strategie zur Verbesserung der fundamentalen Wachstumsbedingungen. Eine Ad-hoc-Politik führt genauso zu nichts wie die so genannte Politik der kleinen Schritte. Kleine Schritte führen oft in die falsche Richtung. Deshalb muss eine Wachstumsstrategie langfristig angelegt werden, eine Vision in die richtige Richtung. Die Politik der eher kleinen Schritte ist unserem Land aufgrund der gegebenen Institutionen – direkte Demokratie und Föderalismus – zwar vorgegeben. An der Richtung haben sich indessen alle Schritte zu messen, nicht an sich neutralisierenden Kompromissen also, sondern an effektiv wachstumsfördernden Massnahmen.

Unsere Strategie haben wir für alle politischen Teilbereiche der Öffentlichkeit im Laufe der letzten zwölf Monate immer wieder vermittelt und in unserem Jahrbuch zusammengefasst. Und wir waren in einzelnen Bereichen erfolgreich. Indes wissen auch wir: Es gibt keine Strategie, die gewissermassen über Nacht wirkt. So wie unser Land über Jahrzehnte zusehends an Wachstumsdynamik verloren hat, muss sie diese über Jahrzehnte hinweg zunehmend wieder gewinnen.

Somit geben die folgenden Punkte auch nur die Richtung an:

- Wenn ich zuerst erwähne, dass unsere Staatsquote im umfassenden Sinn mit fast 50%, das heisst mit der Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Einkommens, für die weltmarkt-orientierte Wirtschaftsordnung Schweiz nicht tragbar ist und deshalb reduziert werden muss, so mag diese Feststellung für manche Zuhörer sich wie kalter Kaffee anhören. Es ist aber eben nicht der Vergleich mit dem Ausland relevant, sondern die spezifische Situation unserer kleinen offenen Volkswirtschaft, wo Opportunitäten als Folge der Globalisierung jeden Tag winken. Schauen Sie doch, was täglich in Sachen Produktionsver-

lagerung geschieht. Das heutige Niveau führt ins Abseits schlechter Standortqualität und somit zu Stagnation, Innovationsschwäche, Schmarotzertum, Neid und Verteilungskämpfen. Sicher aber nicht zu Wachstum.

- Unsere steigende Staatsquote ist primär – aber nicht nur – ein Resultat der stark steigenden Soziallastquote. Und hier sind wir eben dabei, einen massiven Sprung nach oben zu machen, marschieren also in die falsche Richtung. *economiesuisse* will den Sozialstaat keineswegs aushungern, nur wollen wir, dass sein überbordendes Wachstum endlich gezügelt wird. Das Budget des Bundes für 2004 ist in dieser Hinsicht ein Schritt in die richtige Richtung, welche über das nächste Jahr hinaus beibehalten werden muss. Und das scheint gegenwärtig noch nicht der Fall zu sein. Und bei den Sozialversicherungen haben wir ein Grundsatzproblem, dessen Querwirkungen auf die ganze Wirtschaftsentwicklung äusserst komplex und in der Summe bei einer Politik der Fortschreibung oder gar des Ausbaus sicher negativ sind.
- So versteht sich, dass wir aus der langfristigen Wachstums- und Standortoptik nicht nur gegen die Erhöhung direkter Steuern opponieren, sondern auch der Mehrwertsteuer. Sie führt zu substantziellen Umverteilungen finanzieller Mittel vorab von Kantonen und Gemeinden an den Bund und innerhalb der Bundesverwaltung selbst. Bei den Kantonen und Gemeinden ergäbe sich zwangsläufig eine Anpassung der direkten Steuern oder ein Leistungsabbau. Und so erklärt sich auch, weshalb wir der Auffassung sind, dass Mehrwertsteuererhöhungen letztlich durch Einsparungen an anderen Orten vermieden werden müssen. Ohne genügend Wirtschaftswachstum kann die Haushaltskonsolidierung allein über die Ausgabenseite erfolgen. In diesem Sinne begrüssen wir das Entlastungsprogramm, auch wenn wir es als nicht genügend empfinden. Und in diesem Sinne unterstützen wir das Steuerpaket.
- Die beste Wachstumsförderung ist indessen die Stärkung der Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Denn Innovationen schaffen Zuwachsraten und erhöhen in aller Regel die Produktivität dauerhaft. Das ist auch der Grund, weshalb wir Bildung und Forschung in unserem Ausgabenkonzept – nach dem Bereich „Soziale Wohlfahrt“ – die stärkste Gewichtung gegeben haben; dies zulasten anderer Gebiete. Aber auch auf diesem Gebiet sind Effizienzüberlegungen kritisch anzubringen, und unsere grundsätzlich positive Haltung darf nicht zu Undifferenziertheit führen.
- Wenn wir immer wieder die Meinung vertreten, dass Marktöffnungen im ganzen Bereich des so genannten Service public nötig sind, dann wissen wir, dass wir hier einen Bereich tangieren, der im weiteren Sinne von vielen Leuten auch als Bestandteil einer Art Gesellschaftsvertrag angesehen wird. Das Misstrauen gegenüber der Meinung, dass Private sehr wohl in der Lage seien, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, wird durch die meisten Bereiche unseres täglichen Lebens klar widerlegt. Oder haben Sie sich je über die Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln Sorge gemacht? Die Bereiche des Service public wie Energie, Post, Telecom, aber auch immer mehr der Land-

wirtschaft sind vor allem deshalb wettbewerblich auszugestalten, weil damit Effizienzgewinne und in der Folge positive Wohlstandseffekte erreicht werden können. Es ist einfach unrichtig, wenn Liberalisierung und Privatisierungen mit unbegrenzter Freiheit für Unternehmen, mit Gewinnen für wenige Aktionäre, mit höheren Preisen, Leistungsabbau und Entlassungen gleichgesetzt werden. Jede neue Struktur bringt einen Wandel mit sich und mag zu schmerzlichen Anpassungen führen. Langfristig ist ein Pay-Back indessen mit steigendem Wachstum eher gegeben als bei Strukturhaltung.

- Dasselbe gilt für den Wettbewerb im Binnenmarkt. Die kleinräumigen Verhältnisse in der Schweiz sind besonders anfällig für Absprachen aller Art. Natürlich stöhnt schon heute jedermann über zu viel Wettbewerb. Indes weiss ich als ein den Weltmärkten ausgesetzter Unternehmer, dass all das, was als knallhart empfunden wird, im globalen Markt noch viel härter ist.
- In dieses Gebiet greift auch unsere nach wie vor steigende Regelungsdichte, die zu einer zunehmenden Verrechtlichung vieler gesellschaftlicher und unternehmerischer Prozesse führt. Unter den Summierungseffekten staatlicher Eingriffe leidet vor allem das Eigentum. Jede Regelung ist letztlich die Antwort auf eine menschliche Initiative, die irgendwie innovativ ist oder war. Ich weiss, dass ich mich mit dieser Aussage auf dünnem Eis bewege, indem man mich falsch verstehen kann, aber meine Forderung, dass man hinter Innovation zuerst einmal das Positive und nicht das Gefährdende sehen sollte, ist wohl legitim. Heute ist unsere Regulierungsdichte der Gütermärkte gemäss OECD eine der höchsten. Sie wird nur von Irland, Portugal und Italien übertroffen.

Auf dieser sozial-, finanz- und bildungspolitischen Grundorientierung müssen die einzelnen Reformschritte zu einem schlüssigen Ganzen zusammengefügt werden. Bewertungsmaßstab für die Einzelmassnahme ist das ordnungspolitische Leitbild der Marktwirtschaft. Nur dieses Leitbild fordert und fördert: nämlich Leistungswille, Eigenverantwortung und Risikobereitschaft. Wer die Verantwortung für sein eigenes Wohlergehen selbst in die Hand nimmt, fasst auch wieder Vertrauen. So banal es tönen mag: Die soziale Marktwirtschaft im beschriebenen Sinne ist und bleibt die wichtigste Quelle des wirtschaftlichen Wachstums. Indes: Wachstumsfreundliche Politik verspricht nicht schnelle Lösungen, vor allem keinen raschen konjunkturellen Aufschwung. Und wegen dieser Langfristwirkung sind wachstumsorientierte Korrekturmassnahmen auch so viel schwieriger durchzusetzen als verteilungspolitische Massnahmen.

Eine solche Politik muss auch vermittelbar sein, das heisst sie muss von der Mehrheit der Menschen verstanden und mitgetragen werden. Dies ist umso wichtiger, weil die marktwirtschaftliche Ordnung stets bedroht ist. Die Konsumenten lieben die Preiskontrolle, obwohl sie im Grunde genommen wenig bis nichts bringt. Die Unternehmen wollen ihre Märkte beherrschen und die Politiker richten sich nach den Wählern, die in aller Regel eine aktivisti-

sche Interventionspolitik mehr honorieren als ordnungspolitische Prinzipientreue. Umso mehr ist die Wirtschaft und hier ganz besonders *economiesuisse* als Lobby der marktwirtschaftlichen Ordnung aufgerufen und gefordert. Wer wäre besser geeignet als die Wirtschaft, der Politik den ordnungspolitischen Kompass zu zeigen, ohne den sie riskiert, orientierungslos umherzuirren. Ich bin mit Ihnen stolz, dass unsere Stimme in Politik und Öffentlichkeit vermehrt Gewicht hat. Mit Ihrer Unterstützung und Ihrem Vertrauen erreichen wir Schritt für Schritt unsere Ziele.